

Datum: 04.03.2025

## Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt

### **Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt sieht Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen um 10 % in 2024 mit großer Sorge und befürchtet weitere Steuerverluste in 2025**

Das Statistische Landesamt informierte am 04.03.2025 über die landesweite Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen in 2024. Demnach verbuchten die Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt mit rd. 1.209 Mio. Euro Gewerbesteuer (brutto) rund 10 % weniger Einnahmen aus dieser wichtigsten Steuereinnahmequelle der Städte und Gemeinden als noch in 2023.

Bernward Küper, Landesgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt, betonte heute in Magdeburg angesichts dieser Zahlen, dass sich dieser Trend bereits seit dem 1. Quartal 2024 abgezeichnet hat. *„Die deutsche Wirtschaftsschwäche hält Einzug in die kommunalen Kassen, wenn auch vor Ort in unterschiedlicher Intensität.“*

Da auf der Ausgabenseite der Kommunen die hohe Inflation, der zurückliegende Tarifabschluss aber auch der kontinuierliche deutliche Anstieg der sozialen Leistungen zu Buche schlagen, erwartet der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt für 2024, dass die Gesamtauszahlungen höher ausfallen als die Gesamteinzahlungen. *„Wir rechnen für 2024 mit einem deutlichen Defizit bei den Kommunen“*, so Küper, der darauf verweist, dass bereits zum Ende des 3. Quartals 2024 eine drastische Zunahme des Defizits gegenüber dem Vorjahr zu beobachten war.

Mit gewisser Sorge verweist Küper darauf, dass der Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen in 2024 von Quartal zu Quartal stärker geworden ist. *„Dies lässt befürchten, dass sich Konjunktur- und damit Steuerentwicklungen auch für 2025 weiter verschlechtern werden.“* Der Städte- und Gemeindebund rechnet damit, dass die kommende Frühjahrsprognose der Bundesregierung die konjunkturellen Erwartungen gegenüber der zurückliegenden Herbstprognose nach unten revidiert, was Auswirkungen auf die Steuereinnahmen in 2025 haben wird. Der Verband sieht sich in dieser Einschätzung u. a. durch den Jahreswirtschaftsbericht des Bundeswirtschaftsministeriums von Ende Januar dieses Jahres bestätigt, der die zurückliegende Herbstprognose der Bundesregierung zur konjunkturellen Entwicklung bereits spürbar abgesenkt hat.

Mit Blick auf die aktuellen Koalitionsverhandlungen in Berlin erwartet der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt realistische Annahmen. *„Die Zeiten steuerlicher Wachstumsgewinne und daraus in der Vergangenheit abgeleiteter Aufgaben- bzw. Ausgabenausweitungen seitens Bund, Ländern und Kommunen ist erst einmal vorbei“*, so Küper, der mit Blick auf die kommende Steuerschätzung weitere Steuermindereinnahmen auch bei den Kommunen erwartet.

Hinzu kommt, dass die Kommunen aufgrund von Steuerrechtsänderungen des Bundes mit weiteren Steuermindereinnahmen konfrontiert sein können; wie zuletzt im Rahmen des Steuerfortentwicklungsgesetzes. Gespannt und auch mit gewisser Sorge schauen die Kommunen daher auch darauf, wie eine neue Bundesregierung auf die aktuellen Konjunkturlagen reagieren wird.

Gegenüber dem Land fordert der Städte- und Gemeindebund für 2025 und 2026 eine realistischere Prognose darüber, was bei den Kommunen an Steuereinnahmen tatsächlich zu erwarten ist. Das erst kürzlich beschlossene Finanzausgleichsgesetz wird dem nicht gerecht! Denn die hier zugrunde gelegte Prognose hinsichtlich der zu erwartenden Steuereinnahmen vom Mai 2024 ist deutlich überhöht.

Außerdem sind sowohl die neue Bundesregierung als auch das Land aufgefordert, bestehende Standards hinsichtlich der Aufgabenwahrnehmung zu überprüfen. Denn neben den finanziellen Engpässen erschweren zunehmend auch personelle Engpässe in den Kommunen die Umsetzung neuer Aufgaben und Standards. Als Beispiel verweist der Städte- und Gemeindebund auf das überfrachtete Tariftreue- und Vergabegesetz oder die ausufernde Bürokratie im Zusammenhang mit der Förderpolitik von EU, Bund und Land.